

Infopapier zum Bundeshaushalt mit Schwerpunkten Kindergrundsicherung und Elterngeld

Was für die Bürgerinnen und Bürger gilt, gilt auch für den Staat: Niemand kann dauerhaft über seine Verhältnisse leben. Jeder muss mit dem Geld, das ihm zur Verfügung steht, haushalten. Genau dahin kehrt die FDP zurück. Wir sorgen dafür, dass Deutschland seinen verfassungsmäßigen Auftrag erfüllt, die Schuldenbremse einzuhalten. Mit Ausbruch der Pandemie Anfang 2020 waren die Ausgaben im Bundeshaushalt auf krisenbedingte Ausnahmehöchststände gestiegen. Jetzt führen wir die Staatsausgaben wieder auf ein normales Niveau zurück. Wenn manche Ministerinnen und Minister betonen, sie würden zum Sparen gezwungen, muss man ihnen entgegenhalten, dass sie einfach nur nicht länger mehr Geld ausgeben dürfen als der Haushalt hergibt. Von einem Sparhaushalt sind wir bei einem Volumen von 446 Milliarden weit entfernt. Damit geben wir immer noch deutlich mehr Geld aus als vor der Pandemie. Diese Normalisierung der Ausgaben hatte schon der damals verantwortliche Finanzminister Olaf Scholz 2020 in seiner Finanzplanung transparent vorgezeichnet. Jeder Bundesminister und jede Bundesministerin weiß seit zwei Jahren, dass die Ausgaben 2024 wieder auf ein gesundes Niveau gebracht werden müssen. Mit ihren Vorstößen bei der Kindergrundsicherung und dem Elterngeld sorgt vor allem Bundesfamilienministerin Lisa Paus für Widerstand. Grund genug, die beiden Themen einmal genauer zu durchleuchten.

Kindergrundsicherung:

Die Kindergrundsicherung ist eines der zentralen sozialpolitischen Projekte beim Kampf gegen Kinderarmut. Bislang gibt es für Familien mit Kindern verschiedene Leistungen wie das monatliche Kindergeld, den Kinderzuschlag für Menschen mit geringen Einkommen oder Teile des Bildungs- und Teilhabepakets. All diese Leistungen müssen aber oft bei unterschiedlichen Behörden auf unterschiedlichen Wegen beantragt werden. Mit der Einführung einer Kindergrundsicherung will die Ampel es den Familien im Land leichter machen, an die staatlichen Leistungen zu kommen. Dafür wollen wir die verschiedenen staatlichen Leistungen für Kinder und Familien mit Kindern bündeln. Es soll künftig möglichst eine Anlaufstelle dafür zuständig sein, dass Familien unbürokratisch erhalten, was ihnen zusteht. Die Grundsatzentscheidung dafür wurde bereits mit dem Koalitionsvertrag von allen Ampelpartnern gemeinsam getroffen.

Die Kindergrundsicherung ist also zuallererst eine Verwaltungsvereinfachung. Die finanziellen Ansprüche wurden auf Betreiben der FDP ohnehin bereits erhöht. Seit dem 01.01.2023 werden Familien mit Kindern jährlich mit zusätzlichen sieben Milliarden Euro unterstützt. Dafür haben wir mit dem höheren Kindergeld von 250 Euro (+31 Euro), höheren Regelsätzen im Bürgergeld mit bis zu 420 Euro (+44 Euro max.), dem Kindersofortzuschlag (+20 Euro) und dem erhöhtem Kinderzuschlag von 250 Euro (+21 Euro) gesorgt.

Trotzdem fordert Familienministerin Lisa Paus zusätzliche Milliarden für die Kindergrundsicherung. Sie begründet das damit, dass Familien oft gar nicht bewusst sei, dass sie einen Leistungsanspruch hätten. Viele Gelder würden deshalb gar nicht abgerufen. Sie schätzt, dass der Kinderzuschlag nur etwa jedes dritte anspruchsberechtigte Kind erreiche. Etwa 1,5 Millionen Kinder gingen demnach leer aus. Mit der Kindergrundsicherung würde sich das nun ändern. Und deshalb benötige sie zusätzliche 5 Milliarden Euro. Das Problem: Für ihre Forderung hat sie bis heute keine seriöse Berechnungsgrundlage vorgelegt. Genau die erwarten wir Freie Demokraten aber - wie bei jedem anderen Projekt auch.

Bis eine genaue Kalkulation vorliegt, bleiben alle Zahlen, die in den Medien herumgeistern, reine Spekulation. Indem Ministerin Paus seit Jahresbeginn um Fantasiebeträge feilscht, lähmt sie leider auch ein Vorankommen bei den technischen Fragen, die geklärt werden müssen, um die Beantragung der Familienleistungen zu vereinfachen und zu digitalisieren.

Auch Bundeskanzler Olaf Schulz sieht die Ministerin in der Bringschuld. Er hat Lisa Paus jetzt aufgefordert, bis Ende der Sommerpause einen ersten Gesetzentwurf und endlich ein Finanzkonzept vorzulegen. Erst dann wird sich zeigen, wie wir die Kindergrundsicherung ausgestalten und welche Finanzmittel das erfordert. Damit hat sie jetzt den entscheidenden Hebel für den Durchbruch in der Hand. Sie muss ihre Arbeit machen, damit es bei der Kindergrundsicherung vorangeht und sie wie geplant für 2025 eingeführt werden kann.

Elterngeld:

Vergangene Woche wurde außerdem bekannt, dass die Bundesfamilienministerin Abstriche beim Elterngeld machen möchte. Die Einkommensgrenze für diejenigen, die Elterngeld beziehen können, wird auf 150.000 Euro zu versteuerndes Jahreseinkommen abgesenkt. Bisher erhalten Paare bis zu einem gemeinsamen Brutto-Jahreseinkommen von 300.000 Euro nach der Geburt eines Kindes Elterngeld, Alleinerziehende bis zu einem Einkommen von 250.000 Euro. Die Änderung würde laut der Ministerin rund 60.000 Familien betreffen.

Sie begründet den Schritt damit, dass Bundesfinanzminister Christian Lindner alle Ressorts aufgefordert habe, Einsparungen vorzunehmen. Tatsächlich müssen fast alle Ressorts 2024 und 2025 einen Einsparbeitrag von insgesamt rund 3,5 Milliarden Euro pro Jahr erbringen. Jeder Minister und jede Ministerin trägt dabei Verantwortung für den eigenen Etat. Die Familienministerin hat eigenständig entschieden, beim Elterngeld zu kürzen. Wenn die Familienministerin keine anderen Kürzungsmöglichkeiten gefunden hat als das Elterngeld, dann entspricht das ihrer persönlichen Prioritätensetzung.

Die FDP-Bundestagsfraktion ist der Überzeugung, dass die Einsparung des Bundesfinanzministeriums in anderer Weise erbracht werden sollte – beispielsweise beim eigenen Ministerium. Nach derzeitigem Stand plant die Ministerin nämlich, die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit um 240 Prozent zu erhöhen. Das Familienministerium sollte seinen Ausgabenkatalog auch nochmals auf politisch fragwürdige und teilweise ineffiziente Programme durchforsten. Im Vergleich zu anderen Ministerien ist der Sparbeitrag von Frau Paus ohnehin sehr überschaubar.

Ich finde es zudem befremdlich, dass die Ministerin einerseits wie oben geschildert mehr Geld für Familien fordert, aber andererseits gerade dort sparen möchte. Sie nimmt es in Kauf, den Sozialneid gegen Familien mit höheren Einkommen zu schüren und würde mit ihrem Vorschlag die Möglichkeiten für Mittelschichtsfamilien, sich die Care-Arbeit fair aufzuteilen, signifikant verschlechtern.

Auch der von Lars Klingbeil unterbreitete Vorschlag, das Ehegattensplitting für alle neugeschlossenen Ehen abzuschaffen, ist keine Lösung. Die FDP stellt sich klar gegen die Idee, Familien in unserem Land steuerlich noch mehr zu belasten. Die Abschaffung des Ehegattensplittings widerspricht dem Koalitionsvertrag und käme einer massiven Steuererhöhung für die Mitte der Gesellschaft gleich. Die SPD lässt damit zudem außer Acht, dass die Paare mit dem Bund der Ehe eine Versorgungsgemeinschaft eingehen – in guten wie in schlechten Zeiten. Sie verpflichten sich zu unbedingter finanzieller Solidarität, die sogar im Scheidungsfall gilt. Nachehelicher Unterhalt verhindert, dass Ehepartner mit einem geringen Verdienst auf finanzielle Mittel des Staates angewiesen sind.

Kinder und ihre Familien brauchen eine verlässliche Unterstützung. Als FDP-Bundestagsfraktion setzen wir uns in der Ampel dafür ein, dass sie diese bekommen.